

(AM)

Heute unter anderem zu folgenden Themen:

1. [Studie: Die Jugend hat ein Problem](#)
2. [Verbraucherstimmung gut, Umsatz mies](#)
3. [Großaktionäre plünderten offenbar Kaupthing-Bank](#)
4. [Tumult bei US-Regionalbanken](#)
5. [Bahn sammelte Krankendaten von Mitarbeitern](#)
6. [Interaktive Karte der Berliner Lobby-Szene](#)
7. [Vom Pharma-Marketing ins Kompetenzteam](#)
8. [„Über Goldman Sachs kursieren eine Menge Mythen“](#)
9. [Strom- und Gasmarkt: Die großen Konzerne haben alles im Griff](#)
10. [Vermittlerschelte und gezielte Irreführung](#)
11. [Junge Union macht die Drecksarbeit](#)
12. [Die Würstchentruppe der Merkel-Jugend bläst zum Kampf](#)
13. [Schreiber und die CDU-Spendenaffäre](#)
14. [Afghanistan in Afrika](#)
15. [Zocker-Opfer Afrika](#)
16. [EU-STUDIE - Von der Leyen wehrt sich gegen Baby-Statistik](#)
17. [Warum Sie uns künftig auf den CHE-Rankinglisten nicht mehr finden werden](#)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Studie: Die Jugend hat ein Problem**

„Alarmierend“ seien die Ergebnisse des „Krankenhausreports 2009“, sagt der Chef der Gmünder Ersatzkasse (GEK), Rolf-Ulrich Schlenker. Und er meint das in doppelter Hinsicht. Zum einen steigt die Zahl der Jugendlichen, die sich systematisch ins Koma trinken. Und zum andern wirken selbst schwere Alkoholvergiftung und Klinikaufenthalt auf die Betroffenen kaum abschreckend. Was sich verändert habe, sei das Trinkverhalten von immer mehr Jugendlichen. „Exzessiv“ ist es laut Studie. Man betrinke sich vorsätzlich, um „lockerer“ zu sein, „Spaß“ zu haben. Am einflussreichsten dafür seien Freunde und der Gruppendruck. Vor allem wird nach Zweierlei gerufen: mehr Verbote und rigidere Kontrollen. Das

alles sei „gut gemeint“, sagt Schlenker. Helfen werden es aber nicht – weil es nur zu Ausweichverhalten führe. „Wir sollten lieber die Präventionskultur als ein Verbotsklima fördern.“ Er plädiert für einen „Mix aus jugendgerechter Information, Sportförderung und jugendärztlicher Betreuung“. Kommunen, Ärzte und Krankenkassen müssten noch enger zusammenarbeiten. Zudem sei eine „nationale Aufklärungskampagne“ gegen das Rauschtrinken nötig. Tonlage und Bildsprache könnten aus Schlenkers Sicht „ruhig etwas drastischer sein“. Eine Möglichkeit sei auch die Verteuerung von Alkohol. Die Sondersteuer auf Alkopops im Sommer 2004 etwa habe sofortige Wirkung gezeigt. Mittlerweile seien die süßen, hochprozentigen Alkoholika weitgehend aus dem Handel verschwunden. Allerdings habe der Trend zum Komatrinken dadurch „weder gebremst noch umgekehrt“ werden können.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung: *Das alles klingt ziemlich hilflos, und auch die Meldungen aus anderen Ländern klingen nicht ermutigend. Die Ursachenanalyse müsste viel tiefer gehen, Motive wie Spaß-Haben oder Gruppendruck bleiben an der Oberfläche. Wie Gruppendruck funktioniert wissen wir, aber warum gerade Komasaufen.*

2. Verbraucherstimmung gut, Umsatz mies

Der jüngste Einbruch des Einzelhandelumsatzes weckt Zweifel an der tatsächlichen Konsumbereitschaft der Deutschen – und an der Aussagekraft des GfK-Konsumklimabarometers.

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung OP: *Liebe FTD, es ist ja ganz schön, dass ihr endlich auch ein Einsehen habt bzw. davon schreibt, denn so ganz nehme ich euch das nicht ab, dass ihr den mangelnden Zusammenhang zwischen Konsumklima laut GfK und dem realen Konsum nicht mitbekommen habt. Aber die Einsicht kommt zu spät, denn wie die Politik habt ihr lange Zeit mit diesem schönen Index den Leuten vorgaukeln können, dass alles in Ordnung sei und zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen überflüssig seien.*

3. Großaktionäre plünderten offenbar Kaupthing-Bank

Bei der isländischen Kaupthing-Bank kommen immer mehr pikante Details ans Licht: Das Institut soll noch kurz vor seinem Zusammenbruch riesige Kredite teilweise ohne Sicherheiten an eigene Großaktionäre sowie deren Geschäftsfreunde ausgezahlt haben. Das Nachsehen hatten deutsche Kunden.

Quelle: [Welt](#)

Kommentar: *Das ist modellhaft. Die Großen bedienen sich zu Lasten der weniger Einflussreichen Sie plündern. Nur so erreichen sie ihre zauberhaften Kapitalrenditen. Mit krimineller Energie.*

4. Tumult bei US-Regionalbanken

An den Kapitalmärkten feiern Investoren das Ende der Rezession und das Comeback der Banken. Doch im Hinterland der Vereinigten Staaten gehen Geldhäuser reihenweise pleite. Seit Jahresbeginn brachen 69 Institute unter steigenden Kreditausfällen zusammen. Letzter Eintrag auf der Todesliste ist die Mutual Bank aus Harvey im Bundesstaat Illinois, die rund 1,6 Mrd. \$ an Einlagen hatte. Für die US-Einlagensicherung FDIC liegt der Schaden bei rund 700 Mio. \$.

Quelle: [FTD](#)

5. Bahn sammelte Krankendaten von Mitarbeitern

Neue Enthüllung bei der Bahn: Der Konzern hat einen weiteren Fall von "unzulässiger Datensammlung" eingeräumt. Demnach wurden Krankendaten von Mitarbeitern auf Listen der Sicherheitsabteilung geführt - die Verantwortlichen sollen nun gehen. Kritisch war demnach, dass es sich nicht um für den Arbeitsplatz spezifische Daten handelte. So dürfen Unternehmen etwa Daten über Krankheiten sammeln, wenn diese eindeutig direkt mit der Arbeit der Betroffenen in Verbindung stehen. Dies war bei der Bahn aber nicht der Fall, vielmehr handelte es sich den Angaben zufolge um Gesundheitsdaten allgemeiner Natur.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung OP: *So erstaunlich ist das zunehmende Ausspionieren von Mitarbeitern eigentlich gar nicht, fügt es sich doch in die immer stärker werdende Leistungs- und Verhaltenskontrolle in der gesamten Wirtschaft ein. Es ist schon länger her, da hat der viel zu früh verstorbene Ökonom David M. Gordon für den Zeitraum vom Mitte der 80er bis Mitte der 90er das Zahlenverhältnis von Managern und einfachen Arbeitnehmern in der amerikanischen Industrie untersucht und einen ungewöhnlichen Zuwachs von 30 Prozent bei den Managern festgestellt, bei gleichzeitigem Anstieg ihrer Bezüge. Das amerikanische Management war damit dreimal so umfangreich wie in Deutschland und Japan. Gordon deutete dies als Notwendigkeit, um die ungleich härtere amerikanische Arbeitswelt unter Kontrolle zu halten. Diese amerikanischen Verhältnisse haben wir inzwischen tendenziell auch hier und entsprechend ist das Bedürfnis der Firmen gewachsen, über Kontrolle Druck auszuüben. Die Kontrollmöglichkeiten konnten inzwischen durch den technologischen Fortschritt verfeinert werden. Neben Videoüberwachung oder z.B. kleinen Programmen, welche die Anzahl von Anschlägen auf einer Tastatur oder den geschriebenen Text*

registrieren können, sind die Möglichkeiten, aufgrund der ungeheuren Vernetzung der Arbeitswelt spezifische personenbezogene Daten zu sammeln, enorm gestiegen. Es geht schon lange nicht mehr nur darum, allein den Arbeitsprozeß zu kontrollieren, sondern um die Auslese der fittesten, der anpassungsfähigsten, der schlechthin flexiblen und dabei robusten Arbeitskraft. – Letztlich aber geht es beim Sammeln von Daten nicht nur Kontrolle sondern um Herrschaft, d.h. die Möglichkeit Gehorsam zu erzwingen, sei es im Unternehmen oder im Staat. Es geht um die Kontrolle der niederen Stände.

6. Interaktive Karte der Berliner Lobby-Szene

Frontal21 (ZDF) begleitete Heidi Klein von LobbyControl bei einer lobbykritischen Stadtführung in Berlin und daraus eine interaktive Karte der Berliner Lobby-Szene gemacht. Mit einem Klick auf ausgewählte Adressen lassen sich kleine Infofilme über die dort sitzenden Lobbygruppen aufrufen, wie etwa den Energiekonzern E.ON, den deutschen Zigarettenverband oder die PR- und Lobby-Agentur Pleon.

Quelle: [LobbyControl](#)

7. Vom Pharma-Marketing ins Kompetenzteam

Auch wenn das Ressort offiziell unbesetzt blieb, hat die SPD eine Weichenstellung in der Gesundheitspolitik vorgenommen.

Als der SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier in der letzten Woche sein "Kompetenzteam" vorstellte, da blieb das Ressort Gesundheit unbesetzt. Als Grund wurde angegeben, dass man das Ende der Affäre um den in den Urlaub nachbestellten Dienstwagen der aktuellen Gesundheitsministerin Ursula Schmidt abwarten und den Platz deshalb freihalten wolle. Tatsächlich aber erfolgte auch ohne die Besetzung dieses Ressorts eine Weichenstellung in der Gesundheitspolitik – nämlich durch die Nominierung von Carola Reimann für den Bereich Forschung.

Quelle: [Telepolis](#)

Kommentar: Ein guter Artikel zu Carola Reimann (Forschungs-"Ministerin" in Steinmeiers Schattenkabinett) und ihre Verbindungen zur Pharmaindustrie steht auf Telepolis. Damit wissen wir, wohin die Reise auch mit Steinmeier in der Gesundheitspolitik gehen soll.

8. „Über Goldman Sachs kursieren eine Menge Mythen“

Alexander Dibelius, Deutschland-Chef von Goldman Sachs, über Milliardengewinne, wieder wachsende Boni für Banker, Zockervorwürfe und die Lehren der Finanzbranche aus der Krise.

Dibelius: „Ich sage schon seit Jahren, dass die deutsche Wirtschaft grundsätzlich immer noch viel zu stark kreditfinanziert ist. Deshalb sind wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch stärker betroffen als andere. Die deutsche Industrie hat je nach Untersuchung eine Eigenkapitalquote zwischen 20 und 30 Prozent, in den USA ist dies eher der Fremdkapitalanteil. Darüber hinaus vertrauen die Unternehmer mehr auf Kredit denn auf Kapitalmarktfinanzierung.“

Quelle: [wiwo](#)

Anmerkung M.M.: Zuvor hat Dibelius auch erklärt, dass Goldman Sachs in gewissen Fällen als Co-Investor auftritt. Es gab in deutschen Unternehmen nicht wenige Fälle, in denen das der Fall war (z. B. zuletzt Märklin) und die Investoren das Management genötigt haben, Eigenkapital an eben diese Investoren auszuschiütten, so dass der Fremdkapitalanteil gestiegen ist und für manches Unternehmen zuguterletzt die Insolvenz bedeutet hat. Obwohl die Redakteure der Wirtschaftswoche Dibelius schon nicht mit Samthandschuhen angefasst haben, wäre eine Frage nach der Rolle von Goldman Sachs in solchen Fällen wünschenswert gewesen. Bei aller im Interview geäußerten Kritik bleibt es so leider nur bei einem Artikel im Interviewstil, durch den einer Bank erneut ein Forum geboten wird, die Bedeutung eines unbedeutenden Finanzsystems hervorzuheben und sich selbst als Unschuldslamm darzustellen.

9. Strom- und Gasmarkt: Die großen Konzerne haben alles im Griff

Die Verbraucher zahlen noch immer zu viel für Strom und Gas. Der Energiesektor ist weiterhin weit von einem funktionierenden Wettbewerb entfernt. Die starke Konzentration des Strom- und Gasangebots bei einigen wenigen Konzernen sorgt für "signifikante Wettbewerbsprobleme", treibt die Preise in die Höhe und schadet der Volkswirtschaft. Zu diesem – für die Politik wenig schmeichelhaften – Urteil kommt jetzt die Monopolkommission, die die Bundesregierung bei der Wettbewerbspolitik berät.

Quelle: [FR](#)

Dazu passt:

Gegen null

Jetzt haben wir es amtlich: Zwischen den Stromanbietern herrscht kaum Wettbewerb. Ein Debakel – mehr als zehn Jahre nach der sogenannten Liberalisierung des Energiemarktes – für das vor allem die Regierenden in Berlin verantwortlich sind. Die aktuell Verantwortlichen wie auch ihre Vorgänger haben sich nie wirklich entschieden, ob sie Wettbewerbspolitik oder Industriepolitik machen wollen. Zwar wurde immer

wieder das Hohelied des Wettbewerbs gesungen, zugleich gab es aber industriepolitische Entscheidungen übelster Art – der Sündenfall war das Durchdrücken der Übernahme des Gasriesen Ruhrgas durch den Stromgiganten Eon unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD).

Quelle: [FR](#)

Anmerkung: Tolle Erfolge der Privatisierung.

10. Vermittlerschelte und gezielte Irreführung

Bremer Arbeitsmarktforscher: Unternehmerverband verbreitet falsche Zahlen über offene Stellen

Ralf Wurzbacher

Den Unternehmern stehen harte Zeiten bevor. Wenn sie nach der Bundestagswahl Hunderttausenden wegen Profitklemme die Arbeit wegnehmen müssen, könnte ihr guter Ruf als »Arbeitgeber« Schaden nehmen. Also wird schon einmal präventiv mit dem Finger auf andere gezeigt, und einmal mehr müssen »unfähige« Arbeitsvermittler als Sündenböcke herhalten.

Der Anfang der Kampagne ist gemacht: Auf dem Arbeitsmarkt gebe es noch 480000 offene Stellen, »deutlich mehr als im Juli 2008«, schrieb die Bild-Zeitung am Montag unter Berufung auf das Deutsche Institut für Wirtschaft (IW). Dieselbe Zahl hatte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, via Welt am Sonntag verbreitet – und noch einen draufgesetzt: Nicht einmal jede zweite offene Stelle werde der Bundesagentur für Arbeit (BA) überhaupt gemeldet. Viele Firmen suchten händeringend nach Mitarbeitern, die Nürnberger Bürokraten lieferten aber einfach zu wenige Leute mit Qualität. Was lernen wir daraus? Arbeit gibt es massenhaft, aber keiner greift zu.

Quelle 1: [junge welt](#)

Hier die Quelle für die Zahlen:

Quelle 2: [womblog.de \[PDF – 77 KB\]](#)

11. Junge Union macht die Drecksarbeit

Ein Wahlkampf ist kein Krieg. Und doch wird in Thüringen scharf geschossen: Die Junge Union übernimmt für die CDU schmutzige Attacken gegen die Linke – und schießt dabei übers Ziel hinaus. Bodo Ramelow (Linke) will daher seine Verteidigungslinie stärken: Vor dem Landgericht Berlin klagt er jetzt gegen die "Stoppt Ramelow"-Kampagne der Jungen Union (JU). Am 30. August wählt Thüringen

einen neuen Landtag. Laut Umfragen wird es knapp für Amtsinhaber Dieter Althaus (CDU). Linke, SPD und Grüne könnten ihm die Mehrheit abnehmen. Dann würde wohl Ramelow der neue Ministerpräsident. Die Junge Union hat sich daher mit der CDU das Schlachtfeld aufgeteilt. Während die Mutterpartei die positiven Botschaften setzt, will die JU Ramelow direkt attackieren. In einem Brief an die Mitglieder bat der JU-Landesvorsitzende Mario Vogt seine Mitglieder, "sehr aufmerksam auf diese Arbeitsteilung" zu achten. Das Schreiben tauchte im Internet auf. Die JU bestätigte der Frankfurter Rundschau die Echtheit des Briefes.

Quelle: [FR](#)

12. **Die Würstchentruppe der Merkel-Jugend bläst zum Kampf**

Quelle: [Spiegelfechter](#)

13. **Schreiber und die CDU-Spendenaffäre**

Aufklärung im Dreck der Vergangenheit

Die Kohl-CDU hat der Spendenskandal beinahe zerrissen – die neue steht ganz gut da: Dennoch ist der jetzt anstehende Prozess gegen den notorischen Wichtigtuer Schreiber nur eine archäologische Expedition in alte, dreckige politische Gesteinsschichten – und kein Wahlkampfthema.

Ein Kommentar von Heribert Prantl

Quelle: [SZ](#)

Anmerkung: Diesen Kommentar des berühmten Autors begreife ich nicht. Es ist im Kern ein CDU-Reinwaschkommentar. Auffallend das bemühte Abwiegeln und die Wiederholungen. Richtig ist, dass wohl alles vergessen ist. Aber diesen traurigen Tatbestand muss man doch nicht noch rechtfertigen? Oder doch um des lieben inneren Friedens willen? – Wie empfinden andere Leser diesen Text?

Da lob ich mir den Tagesspiegel vom 2.8.2009:

Skandal? Skandale!

Politik ohne Zukunft im Wahlkampf: Lutz Haverkamp, Ressortleiter Politik, über die tatsächlichen Skandale dieser Tage.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

14. **Afghanistan in Afrika**

Attentate, Geiselnahmen, blutige Gefechte: Somalia entwickelt sich weitgehend unbeachtet zu einem Sammelbecken für Gotteskrieger. An der Küste verschärft sich die Lage in Somalia zunehmend. Allgemein bekannt ist, dass sich schon heute zahlreiche ausländische Gotteskrieger aus Tschetschenien, Afghanistan oder Pakistan

am Horn von Afrika tummeln. Ihre Zahl wird auf über 500 geschätzt. Darunter befinden sich auch Kinder von im Westen lebenden Asylbewerbern. In Minnesota untergekommene Somalier gaben kürzlich bekannt, dass mehrere ihrer von militanten Islamisten rekrutierten Söhne bei Kämpfen in Somalia getötet worden seien.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung: *Wie lautet noch einmal das beliebteste Argument für dem Einsatz (Krieg) in Afghanistan: Wir dürfen es nie wieder zulassen, dass Zufluchtsorte für Terrornetzwerke wie al-Qaida entstehen.*

15. Zocker-Opfer Afrika

Afrika stirbt mal wieder: Diesmal an den Folgen der Finanzkrise. Ein Skandal, zu dem Hillary Clinton bei ihrem Besuch nicht schweigen sollte. Der schwarze Kontinent wird wieder vergessen. Die Frage ist nicht, ob Menschen die Krise auch mit dem Leben bezahlen werden, sondern ob die Opferzahlen sechs- oder siebenstellig ausfallen. Wieder einmal scheint der Erdteil seinen Ruf als Krisen-Kontinent zu bestätigen, nur dass die Afrikaner für ihr Unglück zumindest diesmal so viel konnten wie ein Farmer für den Hagelsturm. Es kommt noch schlimmer. Dem externen Schock besonders ausgesetzt sind Staaten, die den neunmalklugen Entwicklungsstrategen der Ersten Welt als Musterländer galten, Regierungen wie die Botswanas, die die Wirtschaft liberalisierten, Handelsbeschränkungen aufhoben und dem Evangelium der frei fließenden Kapitalströme huldigten. Ausgerechnet die bravsten Jünger der neoliberalen Weltwährungsfonds-Apostel haben nun die dickste Suppe auszulöffeln. Auch ihnen hilft die Ankündigung des IWF nicht wirklich, neue Kredite in Höhe von 17 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, damit die Entwicklungsländer wenigstens einen Teil des auf 50 Milliarden Dollar geschätzten Totalschadens auffangen können – um dann wieder in der Schuldenfalle festzusitzen.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung: *Zurecht fürchtet Johannes Dieterich, dass Afrikas Nöte bzw. der Kontinent selbst wieder einmal der Vergessenheit anheimfällt. Und dennoch führt der Hinweis auf die verantwortlichen "Finanzjongleure in der ach so feinen Ersten Welt" in die Irre. Denn der von ihm beschriebene Aufschwung vor der Krise, beruht im Wesentlichen auf dem weltweiten Rohstoffboom, und nicht auf einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie dieser Länder. Das Vertrauen in einen Super-Zyklus mit dauerhaft hohen Rohstoffpreisen ersetzt eine solche nicht. Dieterich verweist zwar auf die folgsamen Schüler des IWF und der Weltbank, die ihre Märkte weit öffneten bzw. globalisierten, aber es geht um mehr. Dafür steht die Frage, was haben diese Länder*

zu bieten, wenn ihre Rohstoffe einmal erschöpft sind. Letztlich geht es um Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft, um den Aufbau industrieller Kompetenzen usw. – wie es Korea, Taiwan oder heute China vorgemacht haben.

16. EU-STUDIE

Von der Leyen wehrt sich gegen Baby-Statistik

Elterngeld hin oder her, Deutschland muss als einziger EU-Staat einen Geburtenrückgang hinnehmen: Zu diesem Ergebnis kommt eine Vergleichsstudie aus Brüssel. Das Familienministerium weist die Untersuchung zurück – und bescheinigt den Statistikern Ahnungslosigkeit. ...

Die alarmierende Bilanz der am Montag veröffentlichten Untersuchung: Pro 1000 Einwohner wurden im vergangenen Jahr rechnerisch nur 8,2 Kinder geboren – 2007 betrug die Quote noch 8,3.

Doch das Familienministerium in Berlin stellt eine andere Rechnung auf – und weist die Erhebung zurück. Die Eurostat-Zahlen für Deutschland seien “entweder falsch oder veraltet”, sagte Ministeriumssprecher Jens Flosdorff am Montag SPIEGEL ONLINE.

Zwar werde das Statistische Bundesamt erst im September eine offizielle Geburtenrate für das Jahr 2008 veröffentlichen. “Ziemlich sicher” sei jedoch, dass im vergangenen Jahr 682.524 Kinder geboren wurden – die Brüsseler Studie geht lediglich von 675.000 Neugeborenen für 2008 aus.

Auch den aus Brüssel bescheinigten Negativtrend wies die Behörde von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) zurück. Den deutschen Statistikern zufolge seien 2008 rund 2300 Kinder weniger als im Vorjahr geboren worden. Der Unterschied zu 2007 liege “lediglich im Promillebereich” und sei damit “statistisch nicht mehr aussagefähig”, sagte Flosdorff.

Quelle: [Spiegel](#)

Anmerkung: Zensurusula zensiert nun eben auch die EU Studien. Na und, in Deutschland hats doch schon mal geklappt, mit Ihrer [„Geburtenboom“ Meldung](#).

Ergänzung AM: Das ist alles rundum unseriös. Im Jahresturnus oder gar vierteljährlich Geburten zu zählen und diese Zahlen zu interpretieren und zu bewerten, wie das der Spiegel, Frau von der Leyen, das Statistische Bundesamt, Eurostat und viele andere auch tun, das geht nicht. Das ist Kaffeesatzleserei. Es ist erstaunlich, wie sehr eine breite veröffentlichte Meinung aus Medien, Wissenschaft und Politik immer wieder darauf einsteigt.

17. Warum Sie uns künftig auf den CHE-Rankinglisten nicht mehr finden werden:

Am 1. Juli 2009 hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs 3 (Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften) der Universität Siegen beschlossen, sich mit seinen Fächern künftig nicht mehr am Ranking des von der Firma Bertelsmann gegründeten CHE (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH) zu beteiligen

Quelle: [Uni Siegen](#)